

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 41 (1994)
Heft: 1-2

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Ständerat verabschiedet das revidierte Zivilschutzgesetz

Die erste Hürde mit Bravour genommen

Am 2. Dezember 1993 hat der Ständerat das totalrevidierte Bundesgesetz über den Zivilschutz (ZSG) in der Schlussabstimmung mit 24 zu 0 Stimmen und das teilrevidierte Schutzbautengesetz mit 20 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Damit ist die erste Hürde im eidgenössischen Parlament auf dem langen Weg zur Verwirklichung der Zivilschutzreform gemäss Zivilschutzleitbild ausgezeichnet genommen. In der Frühjahrssession 1994 wird sich der Nationalrat als Zweitrat mit dem ZSG befassen. «Zivilschutz» hat Robert Bühler, Ständerat und Zentralpräsident des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, über die Verhandlungen in der kleinen Kammer und über die Vorteile des neuen Gesetzes ganz allgemein befragt.



HANS JÜRG MÜNGER

Herr Ständerat Bühler, Sie haben im Parlament erklärt, vier Fünftel aller Schweizerinnen und Schweizer stünden heute hinter unserem Zivilschutz. Damit sprechen Sie die LINK-Umfrage unseres Verbandes von Mitte August 1993 an. Glauben Sie, dass die erfreuliche Akzeptanz des Bevölkerungsschutzes im Volk mitverantwortlich dafür ist, dass die Ständesvertreter im Bundeshaus einstimmig ja zum modernen ZSG gesagt haben?

Ja, dies war sicherlich auch ein Aspekt; allerdings nur einer von vielen. Das neue Gesetz bietet eine derartige Fülle von Verbesserungen, dass man guten Gewissens dafür sein kann, ja dafür sein muss! Denken wir nur an die rechtliche Verankerung der Gleichstellung der Katastrophenhilfe mit dem Schutz unserer Bürger vor bewaffneten Konflikten, an die Verjüngung des ganzen Zivilschutzes oder an die effizientere Ausbildung. Und, was in der heutigen Zeit der Finanzmisere ebenfalls von Wichtigkeit ist: Mit dem neuen und dynamischeren Zivilschutz sparen wir erst

noch Jahr für Jahr viele Millionen für die Bundeskasse. In bezug auf Einsparungen ist der Zivilschutz jetzt aber so weit gegangen, wie er nur konnte. Weitere Abstriche, beispielsweise bei der Ausrüstung oder der Ausbildung, sind unmöglich, soll nicht die gut angelaufene Umstellung steckenbleiben und die ganze Zivilschutzreform zum Papiertiger werden!

Dem Zivilschutz-Image gutgetan haben auch die Einsätze zahlreicher Zivilschutzorganisationen aus der ganzen Schweiz bei den kürzlichen verheerenden Überschwemmungen im Wallis und im Tessin.

Ganz bestimmt. Hier hat sich der Zivilschutz in seinem ureigenen Gebiet, der Hilfe am Mitmenschen, bestens bewährt. Mit dem neuen Gesetz wird dies noch besser möglich. Die Totalrevision des ZSG ist unerlässlich, um das neue Konzept des Bevölkerungsschutzes endgültig in die Tat umzusetzen: Die richtige Person zur richtigen Zeit am richtigen Ort sinnvoll einzusetzen, die Ausrüstung dem Auftrag anzupassen, Doppelspurigkeiten zu vermeiden, die Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern Feuerwehr, Luftschutz und anderen öffentlichen Rettungsdiensten auszubauen – kurz, kostengünstig und zeitgemäss eine grosse humanitäre Wirkung zu erzeugen.

Sie haben sich bereits in der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats dafür stark gemacht, dass Schutzdienstpflichtige in ihrem Einverständnis zivilen Führungsorganen sowie Polizeikörpern zugewiesen werden können. Im Parlament ist dieser Antrag nun gutgeheissen worden.

Ja, ich bin froh darüber. Mit dieser vorsorglichen Zuweisungsmöglichkeit wird der Zivilschutz noch flexibler. Die Zugewiesenen stehen in Rechten und Pflichten von Schutzdienstpflichtigen und bleiben unbewaffnet. Für besondere Ausrüstungsbedürfnisse hat aber die Institution, der sie zugewiesen sind, aufzukommen. Verlangt eine Aufgabe die Bewaffnung, kommt jedoch keine Zuweisung in Frage, sondern nur eine Befreiung – und dann ist der Betreffende kein Zivilschutzpflichtiger mehr.

Dem neuen ZSG ein Bein zu stellen, versuchte im letzten Moment erfolglos der Berner Ulrich Zimmerli, der die Vorlage mit dem Auftrag zurückweisen wollte,

Führung und Einsatz des Zivilschutzes sowie Beschaffung und Verwaltung von dessen Material zuerst auf das hängige Militärgesetz abzustimmen. Ist der Gedanke abwegig, dass sich Ihr Ratskollege bei seinem Rückweisungsantrag von der in den Medien verschiedentlich erwähnten Idee eines Sicherheitsdepartements inspirieren liess?

Wo der Quell der Inspiration liegt, vermag ich nicht zu sagen. Der Antrag stiess jedoch erwartungsgemäss im Rat auf wenig Gegenliebe und Verständnis. Jedenfalls haben in der Sicherheitspolitischen Kommission wie auch im Rat die Gemeinsamkeiten im Militärgesetz und im ZSG Eingang gefunden; die fruchtbare Zusammenarbeit ist ausdrücklich festgehalten. Die Strukturen sind halt unterschiedlich: Während beim Zivilschutz das Schwergewicht (dezentral) auf der Gemeinde liegt, ist dieses bei der Armee auf Bundesebene. Gedanken, ob der Zivilschutz dereinst einem andern Departement unterstellt werden soll, kann man sich machen. Dies hat jedoch mit der Zivilschutzgesetzgebung nichts zu tun. Es besteht also – und dies habe ich im Ständerat auch deutlich gesagt – keinerlei Grund zur Rückweisung der Vorlage. Dies würde nur den Fahrplan der ZSG-Revision verzögern und Mehrkosten verursachen.

Während sich nächsten März der Nationalrat mit dem ZSG befasst, haben Sie sich als Präsident des SZSV bereits eingehend mit den Details der dazugehörigen Verordnung befasst.

Ja, aber nicht nur ich! Ich bin glücklich darüber – und sogar ein bisschen stolz darauf –, dass am vergangenen 23. Oktober wiederum über hundert Kaderangehörige des Zivilschutzes an einem freien Samstag nach Schwarzenburg gekommen sind, um im Rahmen der SZSV-Impulstagung 1993 viele wertvolle Anträge und Wünsche an die Zivilschutzverordnung zu formulieren. Die zahlreichen Impulse der Basis werden wir nun im laufenden Jahr ins offizielle Vernehmlassungsverfahren des Bundes einspeisen. Allen Frauen und Männern, die an den Tagungen von 1992 und 1993 ihre Anträge zum Gesetz bzw. zur Verordnung eingebracht haben, danke ich an dieser Stelle nochmals sehr.

Herr Ständerat Bühler, vielen Dank für dieses Gespräch. ■

Le Conseil des Etats adopte la loi sur la protection civile révisée

Première haie franchie avec bravoure

JM. Le 2 décembre 1993, le Conseil des Etats a approuvé la loi fédérale sur la protection civile (LPCi), totalement révisée, lors du vote final par 24 voix contre 0, ainsi que la loi sur les abris par 20 voix contre 0. La première haie a ainsi été magnifiquement franchie au Parlement fédéral, sur le long parcours qui mène à la réalisation de la réforme de la protection civile, conformément au Plan directeur. Au cours de la session de printemps 1994, le Conseil national sera la deuxième chambre qui se penchera sur la LPCi. «Protection civile» a interrogé Robert Bühler, conseiller aux Etats et président central de l'Union suisse pour la protection civile sur les pourparlers qui se sont déroulés dans la petite chambre, ainsi que sur les avantages de la nouvelle loi en général.

Monsieur le Conseiller aux Etats Bühler, vous avez expliqué au Parlement que les quatre cinquièmes des Suisses et des Suissesses étaient partisans de notre protection civile. Vous faites là allusion à l'enquête LINK effectuée par notre association à la mi-août 1993. Pensez-vous que le réjouissant accueil réservé par le peuple à la protection de la population a contribué au oui à la LPCi moderne exprimé unanimement par les représentants des Etats au Parlement fédéral?

Oui, c'était là sûrement un aspect important; mais seulement un parmi beaucoup d'autres. La nouvelle loi offre une telle quantité d'améliorations que l'on peut – et même que l'on doit – l'approuver en toute bonne conscience! Que l'on songe seulement à l'ancrage juridique de l'égalité entre aide en cas de catastrophe et la protection de nos concitoyens en cas de conflit armé, au rajeunissement de toute la protection civile et à l'instruction plus rationnelle. Autre point, également important en ces temps de pénurie financière: avec cette nouvelle protection civile plus dynamique, nous économisons année après année de nombreux millions pour les caisses de l'Etat. Sur le plan des économies, la protection civile est toutefois allée aussi loin qu'elle le pouvait. De nouvelles coupes sombres, par exemple dans l'équipement ou dans l'instruction, sont impossibles si l'on ne veut pas que la conversion opérée, qui a parfaitement bien commencé, soit paralysée et que l'ensemble de la réforme

de la protection civile devienne un tigre de papier!

L'intervention d'organisations de protection civile des quatre coins de la Suisse lors des inondations dévastatrices qui ont récemment affecté le Valais et le Tessin a également rehaussé l'image de marque de la protection civile.

Absolument. Dans ce domaine – l'aide de l'homme à ses semblables – qui lui est propre depuis sa création, la protection civile a fait ses preuves de manière éclatante. Avec la nouvelle loi, cela sera possible avec davantage d'efficacité. La révision totale de la LPCi est indispensable si l'on veut définitivement concrétiser le nouveau concept de la protection de la population: faire intervenir qui il faut, quand il faut, là où il faut, adapter l'équipement à la mission, éviter le gaspillage des énergies, intensifier la collaboration avec les partenaires de l'action combinée (sapeurs-pompiers, protection aérienne et autres services officiels de sauvetage) – bref: réaliser une grande action humanitaire moderne et peu onéreuse.

Vous êtes d'ores et déjà intervenu avec beaucoup d'insistance au sein de la Commission politique de sécurité du Conseil des Etats, pour que les personnes astreintes à servir dans la protection civile puissent – avec leur accord – être affectées à des organes de conduite civile tels que les corps de police. Le Parlement vient d'acquiescer à cette demande.

Oui, et je m'en réjouis. Avec cette possibilité d'affectation à titre préventif, la protection civile gagnera en flexibilité. Les individus affectés conservent les droits et les devoirs des personnes astreintes à servir et ne portent pas d'armes. Cependant, c'est à l'institution où elle est affectée de pourvoir à ses besoins d'équipement spécifiques. Si telle ou telle mission exige un armement, il n'est pas question d'une affectation, mais simplement d'une libération – et la personne concernée n'est plus une personne astreinte à servir dans la protection civile.

Le Bernois Ulrich Zimmerli a tenté d'entraîner au dernier moment la nouvelle LPCi, rejetant le projet en exigeant que la conduite et l'engagement de la protection civile, ainsi que l'acquisition et la gestion de son matériel soient adaptés à la prochaine loi militaire. Serait-il hasardeux de

penser que, dans sa demande de rejet, votre collègue du Conseil s'est inspiré de l'idée – mentionnée de manière diverse dans les médias – d'un département de sécurité?

Je ne suis pas en mesure de vous dire où se trouve la source de son inspiration. Comme on pouvait s'y attendre, la demande n'a suscité que peu de sympathie et de compréhension au sein du Conseil. En tout cas, les points communs entre la loi militaire et la LPCi ont d'ores et déjà été traités au sein de la Commission politique de sécurité et du Conseil des Etats; on y constate expressément leur fructueuse collaboration. Il faut dire que les structures sont différentes: tandis qu'à la protection civile prévaut de manière décentralisée la commune, l'armée repose sur une organisation à l'échelle fédérale. On peut certes se demander si la protection civile doit être un jour subordonnée à un autre département. Mais cela n'a rien à voir avec la législation sur la protection civile. Il n'y a donc aucunement lieu – et je l'ai du reste dit clairement au Conseil des Etats – de rejeter le projet. Une telle démarche aurait seulement pour effet de retarder la procédure de révision de la LPCi et d'entraîner des frais supplémentaires.

Alors que le Conseil national va traiter en mars prochain la LPCi, vous avez d'ores et déjà, en votre qualité de président de l'USPC, étudié les détails de l'ordonnance afférente.

Oui, mais pas seulement moi! Je suis heureux – et même un peu fier – que le 23 octobre dernier plus d'une centaine de cadres de la protection civile aient sacrifié un samedi de libre pour se rendre à Schwarzenburg, afin de formuler – dans le cadre du séminaire «propositions et suggestions» 1993 de l'USPC – de précieux souhaits et demandes. Au cours de l'année à venir, nous intégrerons ces nombreuses suggestions venues de la base dans la procédure de consultation officielle du Conseil fédéral. J'aimerais encore remercier ici tous les hommes et femmes qui ont exprimé des demandes au sujet de la loi et de l'ordonnance, lors des séminaires de 1992 et 1993.

Monsieur le Conseiller aux Etats Bühler, je vous remercie de cet entretien. ▀

SZSV-Zentralvorstand: wichtige Wahlen

JM. Unter der Leitung seines Präsidenten, Ständerat Robert Bühler, wählte der Zentralvorstand zwei neue Mitglieder in die Geschäftsleitung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes und diskutierte eingehend weitere aktuelle Geschäfte.

Hans Ulrich Bürgi (Sektion St.Gallen-Appenzell) und Dr. Albert Cavegn (Sektion Zürich) heissen die neuen Geschäftsleitungs-Mitglieder, die der Zentralvorstand an seiner Sitzung vom 11. Juni 1993 einstimmig wählte. An ihrer letzten Sitzung

des Jahres 1993, am 11. November, ernannte der Zentralvorstand H. U. Bürgi ausserdem zum *Vizepräsidenten des Verbandes*, und zwar als Nachfolger des im April zurückgetretenen Peter Wieser. Bereits im April hatte die Delegiertenversammlung des SZSV Gil Verillotte der Sektion Freiburg zum neuen Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Erfreut zeigte sich Zentralpräsident Bühler über die höchst erfreulichen Resultate der vom SZSV im August in Auftrag gegebenen *LINK-Publikumsbefragung*. Diese ergab eine Zustimmung von vier Fünfteln der Bevölkerung zum heutigen schweizerischen Zivilschutz.

Der SZSV wirkt bei der Verwirklichung des neuen Zivilschutz-Leitbildes weiterhin ak-

tiv mit: Die ausgezeichnet besuchte *SZSV-Impulstagung vom 23. Oktober* zur Zivilschutz-Verordnung brachte wiederum wertvolle Anträge und Anliegen der Basis. Diese Begehren wird unser Verband in der ersten Hälfte 1994 ins offizielle Vernehmlassungsverfahren des Bundes einbringen können.

Im weiteren beschloss der Zentralvorstand, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die *Werbemöglichkeiten* für den Verband und seine Sektionen prüft, und legte folgende *Daten für 1994* fest:

- Sitzungen des Zentralvorstandes: 2.2.1994, 18.3.1994 und 15.11.1994
- Delegiertenversammlung: 23.4.1994
- Impulstagung: 22.10.1994

Comité central de l'USPC: des élections importantes

JM. Sous la houlette de son président, le conseiller aux Etats Robert Bühler, le Comité central a élu deux autres membres au sein du Comité de gestion de l'Union suisse pour la protection civile et a débattu de manière approfondie des autres problèmes actuels.

Hans Ulrich Bürgi (section St-Gall-Appenzell) et Dr Albert Cavegn (section de Zurich), tels sont les noms des *nouveaux membres du Comité de gestion* que le Comité central a élus à l'unanimité lors de sa séance du 11 juin 1993. Lors de sa dernière réunion de l'année 1993, le 11 novembre dernier, le Comité central a en ou-

tre nommé H. U. Bürgi *vice-président de l'association*, pour succéder à Peter Wieser, qui avait quitté ses fonctions en avril. Dès avril, l'Assemblée des délégués de l'USPC avait élu Gil Verillotte, de la section de Fribourg, nouveau membre de la Commission de contrôle de la gestion.

Le président central, Robert Bühler, s'est montré ravi des résultats fort réjouissants de l'enquête publique *LINK*, commandée en août dernier par l'USPC. Il en ressort en effet que quatre cinquièmes de la population approuvait l'actuelle protection civile suisse.

L'USPC continue de participer activement à la réalisation du nouveau Plan directeur de la protection civile: le séminaire «Propositions et suggestions» du 23 octobre, organisé au sujet de l'Ordonnance sur la protection civile – qui a réuni beaucoup de

monde – a apporté une nouvelle fois une moisson de précieuses demandes et revendications de la base. Notre association pourra intégrer ces souhaits à la procédure de consultation officielle du Conseil fédéral au cours du premier semestre de 1994.

Le Comité central a en outre décidé de mettre sur pied un groupe de travail qui sera chargé d'étudier les possibilités de *publicité pour l'association* et pour les sections. Il a également fixé les *dates pour 1994* comme suit:

- Réunions du Comité central: 2.2.1994, 18.3.1994 et 15.11.1994
- Assemblée des délégués: 23.4.1994
- Séminaire «Propositions et suggestions»: 22.10.1994

Importanti elezioni nel Comitato centrale dell'USPC

JM. Sotto la guida del suo presidente, il consigliere agli Stati Robert Bühler, il Comitato centrale ha eletto due nuovi membri nella direzione dell'Unione svizzera per la protezione civile e ha discusso di alcune questioni attuali.

I nuovi membri del Comitato amministrativo eletti all'unanimità dal Comitato centrale nella sua seduta dell'11 giugno 1993 sono Hans Ulrich Bürgi (sezione San Gallo-Appenzello) e il dott. Albert Cavegn (sezio-

ne di Zurigo). Nella sua ultima seduta del 1993, tenutasi l'11 novembre, il Comitato centrale ha inoltre eletto Hans Ulrich Bürgi *vicepresidente dell'Unione* come successore di Peter Wieser, che ha dato le dimissioni in aprile. Già in aprile l'assemblea dei delegati dell'USPC aveva eletto Gil Verillotte della sezione di Friburgo nuovo membro della Commissione di controllo.

Il presidente centrale Bühler si è detto molto lieto dei risultati estremamente soddisfacenti del sondaggio d'opinione *LINK* effettuato dall'USPC in agosto. Da questo è infatti emerso che quattro quinti della popolazione approvano incondizionatamente l'attuale protezione civile.

L'USPC collabora attivamente alla realizzazione del nuovo Concetto direttivo della protezione civile: il convegno del 23 otto-

bre finalizzato a dare nuovi spunti e incentrato sulla nuova ordinanza sulla protezione civile è stato ben frequentato e ha presentato una serie di preziose richieste e desideri della base. Queste richieste saranno portate avanti dalla nostra associazione e inserite nella procedura di consultazione federale ufficiale che avrà luogo nella prima metà del 1994.

Il Comitato centrale ha inoltre deciso di costituire un gruppo di lavoro che esamini le possibilità di realizzare campagne pubblicitarie per l'associazione e le sue sezioni e ha fissato le seguenti date per il 1994:

- sedute del Comitato centrale: 2.2.1994, 18.3.1994 e 15.11.1994
- assemblea dei delegati: 23.4.1994
- convegno per dare nuovi spunti: 22.10.1994

23. April 1994: Jubiläums-DV mit Bundesrat Koller

JM. Die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Zivilschutzverbandes, der heuer 40 Jahre jung wird, findet am 23. April in Basel statt und verspricht äusserst attraktiv zu werden. Als Gastreferent zugesagt hat Bundesrat Arnold Koller, oberster Zivilschützer des Landes. Die Anmeldeunterlagen werden unsere Sektionen und weitere Interessenten rechtzeitig erhalten. Notieren Sie sich bitte den 23. April heute schon; es lohnt sich! ▣

23 avril 1994: Assemblée des délégués avec le conseiller fédéral Koller

JM. L'assemblée des délégués de l'Union Suisse pour la protection civile, qui fêtera cette année son quarantième anniversaire, aura lieu le 23 avril à Bâle et promet d'être extrêmement intéressante. Le conseiller fédéral Arnold Koller, le plus haut personnage de la protection civile de notre pays, a accepté d'y prendre part comme conférencier. Nos sections et les autres intéressés recevront le formulaire d'inscription à temps. Prenez note de la date du 23 avril déjà aujourd'hui – cela en vaut la peine! ▣

23 aprile 1994: assemblea dei delegati con la partecipazione del Consigliere federale Arnold Koller

JM. L'assemblea dei delegati dell'Unione svizzera per la protezione civile, che quest'anno compirà 40 anni, si svolgerà il 23 aprile a Basilea e promette di essere davvero molto interessante. Interverrà il Consigliere federale Arnold Koller, il capo supremo della protezione civile svizzera. La documentazione d'iscrizione sarà inviata per tempo alle nostre sezioni e a tutte le altre persone interessate. Vi preghiamo di riservare la data del 23 aprile perché ne vale veramente la pena! ▣

Fahrzeugrequisition für die Gesamtverteidigung

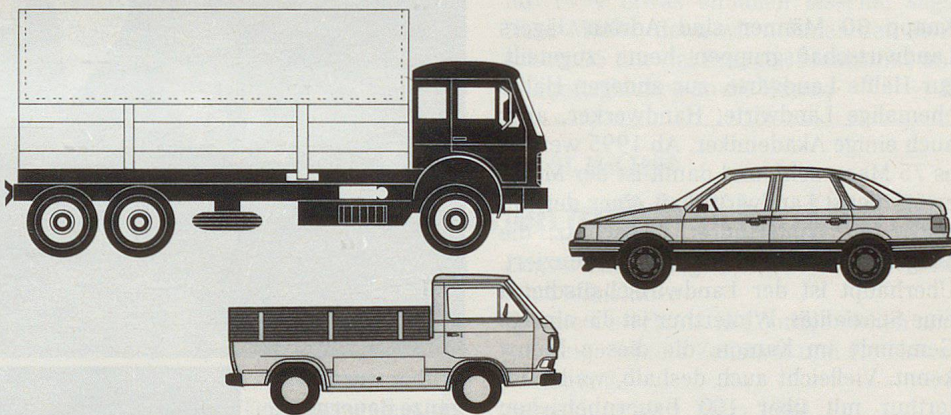
Über 150 000 Fahrzeuge betroffen

Mitte November tauscht das mit der Fahrzeugrequisition betraute Bundesamt für Transporttruppen (BATT) sämtliche seit 1985 abgegebenen Requisitionsverfügungen aus. Davon betroffen sind über 150 000 zivile Fahrzeuge, die im Falle einer Mobilmachung dem Zivilschutz, der Wirtschaftlichen Landesversorgung oder der Armee zur Verfügung gestellt würden.

Die bundeseigene Fahrzeugflotte – allein für die Ausbildung bemessen – benötigt in einem Krisen- oder Katastrophenfall eine noch ausgeprägtere Zusammenarbeit von Armee, Zivilschutz und Zivilpersonen. Militär sowie Zivilschutz kommen deshalb nicht darum herum, im Falle einer Mobilmachung vermehrt auch ziviles Potential

einzusetzen und über privates Material disponieren zu können. Dies gilt insbesondere für Last- und Lieferwagen, Motorräder sowie allradbetriebene Personenwagen, die den Anforderungen von Armee und Zivilschutz am ehesten entsprechen. Schweizer Bürgerinnen und Bürger, im Zivilleben Halter eines Fahrzeugs, haben damit zu rechnen, ihren Wagen der Armee oder dem Zivilschutz zur Verfügung stellen zu müssen. Dass Armee und Zivilschutz in dieser Situation auf zahlreiche Privatfahrzeuge angewiesen sind, leuchtet ein. Die Zusammenarbeit zwischen Militär, Zivilschutz und Privaten in der Frage der Fahrzeugrequisition bietet denn auch kaum Schwierigkeiten. Sie stösst allseitig auf breite Akzeptanz.

Bundesamt für Transporttruppen



Réquisition des véhicules pour la défense générale

Plus de 150 000 véhicules concernés

A la mi-novembre, l'Office fédéral des troupes de transport (OFTT) auquel incombe la réquisition des véhicules à moteur procédera à l'échange de l'ensemble des décisions de réquisition remises aux détenteurs depuis 1985. Cette mesure concerne plus de 150 000 véhicules civils qui seraient à la disposition de la protection civile, de l'approvisionnement économique du pays ou de l'armée en cas d'une mobilisation.

La situation du parc des véhicules appartenant à la Confédération – en ce qui concerne l'instruction – exige une collaboration accrue, en cas de crise et de guerre, entre l'armée, la protection civile et la population. Par voie de conséquence, l'armée ainsi que la protection civile ne peuvent éviter, lors d'une mobilisation, de recourir encore davantage au potentiel civil d'une

part et de disposer des matériels privés d'autre part. Il s'agit en particulier des camions, voitures de livraison, motocyclettes ainsi que des voitures à traction sur toutes les routes motrices, cette catégorie de véhicule étant la mieux conçue pour répondre aux exigences de l'armée et de la protection civile.

Le citoyen suisse – détenteur potentiel d'un véhicule – doit envisager d'être amené à mettre sa voiture à la disposition de l'armée ou de la protection civile. Le fait que l'armée et la protection civile doivent compter, en pareille situation, sur de nombreux véhicules privés est significatif. La collaboration, dans le domaine de la réquisition, entre la troupe, la protection civile et la population ne prête guère à difficultés. Elle est en outre bien acceptée de part et d'autre.

Office fédéral des troupes de transport